Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 8.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.
Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.
In den Filialen für Ins.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 1.
Louis Lösche,
Katharinenstr. 23 part. u. Königsplatz 7,
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 19,750.
Abonnementspreis viertelj. 4½ Mk. incl. Bringerlohn 5 Mk., durch die Post bezogen 6 Mk. Jede einzelne Nummer 20 Pf. Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen (in Tageblatt-Format gefalzt) ohne Postbeförderung 60 Mk. mit Postbeförderung 70 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf. Größere Schriften laut uns. Preisverzeichniß. Tabellarischer u. Ziffernsatz nach höherem Tarif.

Reclamen
unter dem Redactionsstrich die 4gespalt. Zeile 50 Pf., vor den Familiennachrichten die 6gespaltene Zeile 40 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben. Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 65. Sonntag den 6. März 1887. 81. Jahrgang.

Amtlicher Theil.

Oeffentliche Sitzung der Stadtverordneten
Mittwoch, den 9. März 1887, Abends 6½ Uhr im Saale der I. Bürgerschule.

Tagesordnung:

I. Bericht des Finanzausschusses über: a. die Haushaltspläne der hiesigen vier Parochialkirchen auf das Jahr 1887; b. Veranstaltung einer Armenspeisung am Geburtstage Sr. Majestät des Kaisers.

II. Bericht des Bau- und Oekonomieausschusses über Rohrlegungen und Veränderungen am Rohrnetz der Gasanstalten.

III. Bericht des Stiftungsausschusses über Beschaffung von Gesangbüchern für bedürftige Confirmanden der Johanniskirche.

IV. Bericht des Oekonomie-, Stiftungs- und Finanzausschusses über Gewährung eines Beitrages zu einem Schleußenbau in Thonberg.

V. Bericht des Oekonomie- und Bauausschusses über Ausführung des Connewitzer Beschleußungsprojectes auf städtischem Areal.

VI. Bericht des Oekonomieausschusses über: a. Trottoirreparaturen in der Querstraße; b. Conto 10 Ausgaben Pos. 24 „Einebenen öffentlicher Schuttabladeplätze" des diesjährigen Haushaltplanes; c. Mittheilungen des Rathes, betr. das Salzstreuen auf den Gleisen der Pferdebahn.

VII. Bericht des Oekonomie-, Bau- und Gasausschusses über das Project, betr. die Gestaltung vor dem erweiterten Museum und in der Umgebung des Mendebrunnens.

Gewölbe-Vermiethung.

In dem der Stadtgemeinde gehörigen Hausgrundstück Reichsstraße Nr. 9 / Salzgäßchen Nr. 4 soll das nach dem Salzgäßchen zu gelegene, an das Geschäftslocal der Firma J. Hulbe vorm. Aug. Frenzel anstoßende **Verkaufslocal** vom 1. April d. J. an gegen **einhalbjährliche Kündigung**

Montag, den 7. März d. J., Vormittags 11 Uhr,

auf dem Rathhause, 1. Etage, Zimmer Nr. 16, an den **Meistbietenden** anderweit **vermiethet** werden.

Ebendaselbst auf dem großen Saale liegen die Vermiethungs- und Versteigerungsbedingungen schon vor dem Termine zur Einsichtnahme aus.

Leipzig, den 24. Februar 1887.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Ia. 939. Dr. Georgi. Krumbiegel.

Bekanntmachung.

Wegen Wiederaufnahme der Straßenherstellungsarbeiten in der

Kochstraße

wird dieselbe auf der Strecke von der Scharnhorststraße bis zum Kreuz auf die Dauer der etwa 8 Tage in Anspruch nehmenden Arbeiten

für den gesammten Fahrverkehr

gesperrt.

Leipzig, am 4. März 1887.

Der Rath der Stadt Leipzig.
IX. 1839. Dr. Georgi.

Ausschreibung.

Für den Schlacht- und Viehhof werden

die Fußwegsherstellungs-Arbeiten einschließlich des Plattenbelags

hierdurch öffentlich ausgeschrieben.

Die Unterlagen sind im Schlachthofbaubureau an der Kaiserin Augusta-Straße gegen Zahlung von 0.5 ℳ erhältlich.

Die Angebote sind nach Maßgabe der bei den Unterlagen befindlichen Vorschriften zu behandeln und bis zum 15. März 1887 Vormittags 11 Uhr bei der Nuntiatur des Rathhauses abzugeben.

Wir behalten uns die Auswahl unter den Bewerbern, bzw. die Theilung der Arbeiten, sowie die Ablehnung sämmtlicher Angebote vor.

Leipzig, den 26. Februar 1887.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Ia. 978. Dr. Georgi. Moritz, Architekt.

Bekanntmachung.

Am 10. April d. Js. sind die einjährigen Zinsen von 2300 ℳ Capital, nämlich 1500 ℳ Legat des Herrn Stadtältesten **Heuke**, 300 ℳ Geschenk der Erben des Herrn Kaufmann **Thärigen** und 500 ℳ Geschenk einer Ungenannten an arme blinde Leute in hiesiger Stadt zu vertheilen.

Bewerbungen um diese Spenden sind bis zum 31. dieses Monats schriftlich und unter Beifügung der erforderlichen Zeugnisse bei uns einzureichen.

Leipzig, den 2. März 1887.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Heßler. Krumbiegel.

Auction.

Nächsten Dienstag, den 8. März a. c.
von Vormittags 9 Uhr an
sollen in der Pleißenburg alte Bodenwannen, wollene Fahnen, eiserne und messingene Gewichte, kupferne und eiserne Kessel, ausrangirte Tische, alte Fenster und dergleichen, sowie verschiedene alte Metalle, Wolle und Hadern an den Meistbietenden verkauft werden.

Königliche Garnison-Verwaltung.

Bekanntmachung.

Die Lieferung diverser Utensilien von **Holz**, sowie die Umänderung der **Holz- und Eisentheile** an eisernen **Bettstellen** sollen an den Mindestfordernden vergeben werden. **Unternehmer wollen** Kostenanschlag und Bedingungen hier einsehen, unterzeichnen und dann ihre Offerten versiegelt mit der Aufschrift „**Utensilienlieferung**" bis 12. März c. Vormittags 10 Uhr, portofrei anher einsenden.

Leipzig, am 5. März 1887.

Königliches Garnison-Lazareth.

Bekanntmachung.

Die Pflasterungen verschiedener Straßen auf dem Areale des früheren Kohlenbahnhofs, sowie der Straßen beim Arndtplatze sollen vergeben werden.

Die Bedingungen für diese Arbeiten liegen in unserer Tiefbau-Verwaltung, Rathhaus, II. Stock, Zimmer Nr. 14, aus und können daselbst eingesehen resp. entnommen werden.

Bezügliche Offerten sind versiegelt und mit der Aufschrift:

„Pflasterung in den Straßen auf dem vormaligen Kohlenbahnhofe u. s. w."

versehen ebendaselbst und zwar bis zum 14. März 1887 Nachmittags 5 Uhr einzureichen. Der Rath behält sich das Recht vor, sämmtliche Angebote abzulehnen.

Leipzig, am 24. Februar 1887.

Des Raths der Stadt Leipzig Straßenbau-Deputation.
Ib. 420.

Das für **Anna Alwine Kohlert** aus Waltersdorf am 22. August 1874 vom königlichen Gerichtsamt in Großschönau ausgestellte **Dienstbuch** ist abhanden gekommen und im Auffindungsfalle allhier abzuliefern.

Leipzig, am 28. Februar 1887.

Das Polizeiamt der Stadt Leipzig.
Bretschneider. Haldig.

Bekanntmachung.

Von dem unterzeichneten Königlichen Amtsgericht soll das den Erben des Rechtsanwalts **Karl Julius Carus Gretschel** in Leipzig zugehörige, daselbst unter Nr. 6bc des Brandkatasters, Nr. 134, 267 des Flurbuchs für diesen Ort gelegene, auf Folium 37 des Grund- und Hypothekenbuchs für Leipzig eingetragene Grundstück erbtheilungshalber

am 14. März 1887

freiwillig versteigert werden.

Es haben daher Diejenigen, welche das Grundstück unter den am Gerichtsbret und im Gasthof zu Leipzig aushängenden Bedingungen, welchen eine besondere Grundstücksbeschreibung angefügt worden, zu erstehen gesonnen sind, an diesem Tage Mittags vor 12 Uhr, widrigen Falls sie zum Bieten nicht mehr zugelassen werden, in dem zu versteigernden Grundstück selbst als der hierzu gewählten Stelle sich anzumelden, über ihre Zahlungsfähigkeit sich auszuweisen, ihre Gebote zu thun und zu gewärtigen, daß Mittags 12 Uhr nach Auctionsgebrauch werde verfahren und das Grundstück unter den im Termin noch besonders zu eröffnenden Bedingungen dem Meistbietenden werde zugeschlagen werden.

Leipzig, den 17. Februar 1887.

Das Königliche Amtsgericht daselbst,
Abtheilung V. Section 2.
[illegible]

Nichtamtlicher Theil.

Das „reichstreue" Berlin.

* Wohl keine andere Stadt in Deutschland ist der Vortheile und Segnungen, welche die Wiederaufrichtung des deutschen Kaiserreiches in ihrem Gefolge gehabt hat, in solchem Maße theilhaftig geworden wie die Reichshauptstadt Berlin. Aus dem Füllhorn der Macht und des Glanzes der wieder gewonnenen politischen Einheit des deutschen Volkes, dem jetzt die Führerrolle im Völkerconcert obliegt, ist der Löwenantheil der Gaben der Hauptstadt des preußischen Staates zugefallen, und wir wissen, daß heute die Kaiserstadt Berlin die alte Kaiserstadt an der Donau in jeder Hinsicht überflügelt hat, daß Berlin in mercantiler und socialer Bedeutung mit Paris concurrirt und daß überhaupt, was den Verkehr und äußeren Glanz anlangt, Berlin eine Weltstadt par excellence geworden ist. Wir haben schon mehrfach constatiren können, daß das colossale Wachsthum Berlins und sein ungeheueres Emporblühen auf den Gebieten des Handels und der Industrie ihre bedenklichen Schattenseiten für die übrigen Theile des Reiches, für die großen Städte in den Provinzen und anderen Bundesstaaten haben, und insonderheit unser Leipzig mit seinem alten Handel hat in Berlin, seitdem es zur Reichshauptstadt avancirt ist, einen sehr gefährlichen Rivalen erhalten. Gegen die natürliche Entwickelung der Dinge ist aber sehr schwer anzukämpfen, und da nun einmal in allen Ländern und Reichen die Hauptstädte mehr oder minder bevorzugt sind, so wird man auch Berlin seine äußere günstige Stellung nicht weiter streitig machen dürfen. Im Gegentheil, man wird sich darüber nur freuen können, daß die Kraft unseres jungen Reiches und das Ansehen, welches sich dasselbe auf dem ganzen Erdenrunde zu erfreuen hat, auch auf seine Hauptstadt sich übertragen.

Wir wissen recht wohl, daß man in Berlin in denjenigen Kreisen, welche in politischen und communalen Dingen das große Wort zu führen pflegen, die so überaus glänzende und gedeihliche Entwickelung dieser Stadt in den letzten Decennien in der Hauptsache als ein Verdienst der Berliner Communalverwaltung und der Männer, welche an dieser Verwaltung betheiligt sind, hinstellt. Man verweist auf die großartigen und mustergiltigen Einrichtungen, welche die Berliner Gemeindevertretung in das Leben gerufen hat, und auf den kräftigen und energischen Geist, der überhaupt die Berliner Stadtverwaltung erfülle. Wir sind weit davon entfernt, die Verdienste in Abrede zu stellen, welche der Berliner Magistrat und die Berliner Stadtverordneten sich auf den ihren Beschlüssen und ihren Arbeitskräften zugewiesenen Gebieten erworben haben, und erkennen recht gern an, daß die Berliner Communal-Verwaltung in mancherlei Hinsicht als Muster dienen kann, obgleich auch dort das Sprichwort „Es ist nicht Alles Gold, was glänzt" nichts von seiner Wahrheit verliert und auch sehr schwerwiegende Dinge angeführt werden können, bei denen die Herren im Berliner Rathhause an dem Geschick, daß alle Menschen irren, Theil genommen haben. Aber daß Berlin in den letzten 25 Jahren sich so beispiellos günstig entwickelt, daß es namentlich auf dem Gebiete der Erwerbsthätigkeit eine so glänzende Nummer gezogen hat, daß der Berliner Handel und die Berliner Industrie so groß geworden sind, das hat es zum hauptsächlichen Theil dem großartigen Umschwunge zu verdanken, der durch die Gründung des deutschen Reiches nicht nur in Deutschland, sondern in ganz Europa bewirkt worden ist. Es liegt auf der Hand, daß dort, wo die Fäden der europäischen Diplomatie zusammenlaufen, wo ein mächtiger Kaiser seinen Sitz aufgeschlagen hat, wo die Vertretung der Nation tagt, wo die leitenden Stellen der Reichsverwaltung sich befinden, der Abglanz aller dieser mächtigen und befruchtenden Factoren auch dem gesammten Erwerbsleben zu Gute kommt, und daß das betreffende Gemeindewesen aus allen diesen Dingen einen starken und fördernden Impuls für seine günstige Entwickelung erhält. In dieser Beziehung hat eben Berlin einen gewaltigen Vorzug vor allen anderen deutschen Städten voraus, einen Vorsprung, den ihm Niemand abwendig machen kann.

In welcher Weise zeigt sich nun aber die Stadt Berlin dankbar für diese bevorzugte Stellung, für die außerordentlich großen materiellen Vortheile, welche ihr daraus zufließen? Man sollte meinen, daß für die Berliner es eine wahre Freude, ein wirkliches Herzensbedürfniß sein müßte, mit den Männern, welche das deutsche Reich geschaffen haben, mit seinem glorreichen Heldenkaiser, mit dem Fürsten Bismarck und dem Grafen Moltke Hand in Hand zu gehen und ihnen bei dem weiteren inneren Ausbau des Reiches, bei dessen Kräftigung und Stärkung zu helfen. Was sehen wir an dessen Statt? So lange das deutsche Reich besteht, ist wohl häufig davon zu lesen gewesen, daß die Berliner ihrem Kaiser, ihrem Kronprinzen und auch dem Fürsten Bismarck, wenn sie sich in den Straßen Berlins blicken lassen, zujubeln, aber so oft Wahlen zum Reichstag und Landtag zu vollziehen waren, da haben die Berliner Philister noch niemals den alten fortschrittlichen Adam auszuziehen vermocht, sondern der Regierung ihres Landes und des Reiches stets unversöhnliche Gegner in das Parlament geschickt. Auch selbst die jüngsten Reichstagswahlen, die unter so ernsten, den innersten Lebensnerv des Reiches berührenden Umständen stattfanden, haben in der Reichshauptstadt das alte jammervolle Resultat zu Stande gebracht: vier Deutschfreisinnige und zwei Socialdemokraten. Vergebens war in Berlin alles Mühen und Ringen der reichstreuen Parteien, vergeblich waren die rührenden und ernsten Kaiserworte an die Herrenhaus-Deputation, vergeblich der Appell des Reichskanzlers an die bessere patriotische Einsicht seiner Berliner Mitbürger, er erhielt das nämliche kalte fortschrittliche „Nein", durch welches die Berliner „Intelligenz" nun schon seit zwanzig Jahren ihre politischen Anschauungen bethätigt hat. Mochte draußen im Reich, im Süden wie im Norden, der Umschwung auch noch so vollständig, mochte jenseits des Berliner Weichbildes ein neuer Völkerfrühling angebrochen sein, der eiserne Ring des Berliner Fortschritts war nicht zu durchbrechen, sondern er blieb mit Hilfe der Socialdemokratie als ein trauriges Wahrzeichen verdienteter Parteileidenschaft und vollendeter Undankbarkeit erhalten.

Nun, die Berliner haben es ja in ihrer Hand, ihre Geschicke selbst zu entscheiden, und wenn sie ihren Bürgerstolz darein setzen, durch radicale Feinde des Fürsten Bismarck im Reichstag vertreten zu werden, so können wir sie selbstverständlich daran nicht hindern. Aber das werden sie uns wohl erlauben, daß wir ihnen sagen, wie man im Reiche über ihre politische Haltung denkt. Man sieht das Berliner Wahlresultat geradezu als einen Scandal an, der nur geeignet ist, uns im Auslande nicht zur Ehre zu gereichen. Daß die Berliner, nachdem Kaiser Wilhelm laut und deutlich erklärte, so daß es Alle hören konnten, er sei durch das Votum des aufgelösten Reichstages tief betrübt, wieder dieselben Leute wählten, welche an dem betreffenden Beschlusse Theil genommen hatten, darüber ist man im Reich empört, und weit entfernt davon, in der Halsstarrigkeit der Berliner Wähler den Ausdruck irgendwelchen idealen Mannesmuthes zu erblicken, findet man, daß die Berliner eine traurige Ausnahme in der großartigen patriotischen Kundgebung bilden, welche in diesen Tagen davon Zeugniß abgelegt hat, wie Millionen deutscher Bürger in Bezug auf das Vaterland und die Pflichten, welche gegen dasselbe zu erfüllen sind, denken. Wir sind zwar von einer Seite darauf aufmerksam gemacht worden, daß sehr viele von den Berliner Wählern, welche für die Deutschfreisinnigen und Socialdemokraten gestimmt haben, eigentlich sich gar nicht klar darüber seien, aus welchem Grunde sie so stimmen, daß vielmehr die Gewohnheit, fortschrittlich zu wählen, bei ihnen das bestimmende Motiv sei; dadurch wird die Sache aber kaum besser, und wir wissen nicht, ob den Berlinern mit einer solchen Deutung ihres Wahlvotums gedient ist.

Die Berliner Wahlen haben aufs Neue bewiesen, wie weit die Kaiserstadt an der Spree davon entfernt ist, im neuen deutschen Reiche die politische Führung zu haben, wie sehr sie sich von den großen Centren anderer Völker, wie Paris, London ꝛc., in dieser Beziehung unterscheidet, und daß die Pflege des Nationalgedankens „draußen im Reich" hundertmal stärker ist als in der Residenz des greisen Heldenkaisers, in Berlin. Auf alle Fälle brauchen die Berliner sich nicht zu wundern, wenn man die äußeren Zeichen der Verehrung, welche sie dem Kaiser und seinem ersten Rathgeber darbringen, sehr mißtrauisch betrachtet und darin eine gute Dosis Heuchelei findet. Jemand versichern, daß man ihn liebe und verehre, und dann ihn regelmäßig bei Gelegenheiten, wo es darauf ankommt, im Stiche lassen und gegen ihn agitiren, das ist denn doch eine Doppelzüngigkeit, für die man nur Verachtung haben kann. Dieses Gefühl der Mißbilligung hat deutlich schon der Berliner Oberbürgermeister zu erfahren bekommen, indem alle seine Bewerbungen, ein Mandat für den Reichstag außerhalb Berlins zu erhalten, zurückgewiesen worden sind. Desgleichen werden die vielen übrigen Berliner Candidaten, welche sich auf Wahlreisen um einen Sitz für den Reichstag abmühten, sich überzeugt haben, wie geringe Sympathien für das politische Berlin im Reich vorhanden sind.

Wir schließen unsere Darlegungen mit dem aufrichtigen Wunsche, daß endlich auch über Berlin die Sonne einer besseren patriotischen Erkenntniß aufgehen, daß es der Pflichten eingedenk werden möge, welche ihm aus seiner Stellung als Hauptstadt des Reiches erwachsen.

Leipzig, 6. März 1887.

* Herr Eugen Richter thut sich bereits recht viel auf seine intimen Beziehungen zu Herrn Dr. Windthorst zu Gute. Er setzt sich gegenüber dem ultramontanen „Westfälischen Merkur", den man seither immer als eines der Hauptorgane der Centrumspartei angesehen, auf das hohe Pferd und bezeichnet dessen Aeußerungen als „leeres Gerede". Nachdem das deutsche Volk an dem undeutschen Freisinn am 21. Februar und 2. März das Todesurtheil vollzogen, scheint die Partei es mit einer ultramontan-socialdemokratischen Zweiköpfigkeit zu versuchen. Herr Eugen Richter giebt seinen Hals zu dem ultramontanen, Herr Virchow den seinen zu dem socialdemokratischen Kopfe her. Man darf auf die weiteren Lebensäußerungen dieses vielversprechenden Monstrums recht gespannt sein. Wahrscheinlich — und hoffentlich — gereicht es der vaterlandsfeindlichen Windthorst'schen Clique und der socialdemokratischen Umsturzpartei ebenso zum Verderben, wie dies seither jeder Sache widerfuhr, der sich ehemals der Fortschritt und dann der deutsche Freisinn angenommen.

* Vom Centrum nach der Wahl wird der „Kölnischen Zeitung" aus Berlin geschrieben:

Während die „Germania" nach dem glänzenden Erfolge, den Fürst Bismarck bei den Wahlen errungen hat, sich wie ein albernes Kind, das Prügel bekommen hat, noch immer daran hält, daß Fürst Bismarck doch unrecht gehabt habe, den Reichstag aufzulösen, zeigt der vaticanische „Osservatore Romano", daß man in der Umgebung des Papstes nicht nur vor, sondern auch nach den Reichstagswahlen die Verhältnisse in Deutschland richtiger beurtheilt als in den leitenden Centrumskreisen. In einem langen, jetzt im Wortlaut vorliegenden Aufsatze „Das deutsche Centrum im neuen Reichstag" wird den Herren Windthorst und zu Franckenstein unwiderleglich vorgehalten, eine wie thörichte Politik sie trieben, als sie entgegen dem eindringlichen Wunsche des Papstes der Regierung in der Militairfrage den Streit ansagten und sich dadurch in die Rolle der Führerschaft einer einflußlosen und ohnmächtigen Opposition zurückdrängen ließen, statt sich als eine große, einflußreiche, staatsfreundliche Partei einzurichten. Den Verächtern des päpstlichen Willens wird deutlich zu Gemüth geführt, daß sie es gar nicht sind, welchen die völlige Beilegung des kirchenpolitischen Streites in Preußen, die sich eben anbahnt, zu danken ist, da das Centrum völlig ohnmächtig und für die Regierung ganz entbehrlich geworden ist, sondern der Papst selber, der durch seine Weisheit und seine Bekundung freundlicher und freundschaftlicher Gesinnung die Regierung des Königs veranlaßt habe, im Vertrauen auf die Haltung des Papstes die gehässigen Vorsichtsmaßregeln, die früher getroffen wurden, aufzuheben. Nachdem eingehend dargethan worden, wie falsch der Weg des Bündnisses mit dem Fortschritt ist, das die Centrumsführer abgeschlossen haben, wird in nicht mißzuverstehender Weise der Rath gegeben, sich rechtzeitig vom Fortschritt loszumachen. Das entspricht genau der Ansicht, die wir nach Bekanntwerden der Jacobini'schen Noten in die Worte zusammenfaßten: „Das Centrum wird conservativ sein, oder es wird nicht sein". An Herrn Eugen Richter hat das Centrum seinen Dank bei den Wahlen bereits reichlich abgetragen, und so kann es ihn jetzt unbedenklich fallen lassen und „auf gute Manier jene kleinen Aenderungen in seiner Haltung vornehmen" (fare solamente quelle piccole mutazioni d'indirizzo), die ihm das frühere Ansehen wieder zurückbringen könnten. Nach der Haltung der „Germania" zu schließen, wird das Centrum diese „kleinen Aenderungen" nicht vornehmen und sogar aufs Neue gegen das Septennat stimmen. Dadurch würde das Centrum allerdings bekunden, daß es nicht nur eine Oppositionspartei gegen die deutsche Regierung, sondern auch eine Demonstrationspartei gegen den Papst bleiben will.

* Wie aus Athen vom 23. Februar berichtet wird, hat das griechische Marine-Ministerium eine aus dem Central-Flotten-Inspector Viceadmiral Kanaris, dem Fregatten-Capitain Sachturis und den Adjutanten des Viceadmirals, den Capitains N. Ludi und D. Argyropulos bestehende Commission eingesetzt, welche beauftragt ist, die gesammte Flotte und das ganze Flottenmaterial einer eingehenden Inspection zu unterziehen, über den Zustand derselben einen detaillirten Bericht zu erstatten und die geeigneten Maßregeln zur eventuellen Verbesserung dieses Zustandes in Vorschlag zu bringen. Diese Commission soll schon in den nächsten Tagen mit der Inspicirung der unter dem Befehlen Laskaris stehenden Uebungsflotte ihre Thätigkeit beginnen, deren Ergebniß in einem die nothwendige Ergänzung der griechischen Marine betreffenden Gesetzentwurf zusammengefaßt werden soll.

* Es wurde s. Z. aus Athen gemeldet, daß der Führer der Deputation der griechischen Colonie in Alexandrien, gelegentlich des Großjährigkeitsfestes des griechischen Kronprinzen, diesem den Betrag von 100,000 Francs übergab, welchen der Kronprinz einer beliebigen patriotischen Bestimmung zuführen möge. Der Kronprinz beschloß, diesen Betrag zum Baue eines eigenen Gebäudes für das Officier-Bildungs-Institut der „Evelpiden" zu verwenden, und informirte hiervon den Spender, Herrn Averoff, in einem eigenhändigen Schreiben. In Beantwortung desselben erklärte nun Herr Averoff, daß er hocherfreut sei über die Bestimmung, die seiner Spende geworden sei und daß er zu dem gleichen Zwecke noch weitere 600,000 Francs bereitwilligst widmen wolle. In Folge dieser Mittheilung des Kronprinzen hat Trikupis eine eigene Commission von Fachleuten eingesetzt, welche die nöthigen Pläne ausarbeiten und einen geeigneten Platz für das Evelpiden-Palais ausfindig machen soll. Wie verlautet, soll sich die Commission bereits für das Marsfeld entschieden haben.

* Man schreibt dem egyptischen Blatt „Mubaschir" aus Suakim:

„Kaufleute, die aus Kordofan, Khartum und Berber hier ankommen, melden übereinstimmend, daß dem Nachfolger des Mahdi, dem Khalifen Abdallah, die Zügel der Herrschaft langsam zu entschwinden beginnen, da er den Emiren und Scheikhs gegenüber nicht die Kraft und Energie entfalten könne, die dem Mahdi eigen war. Dadurch nehme die Anarchie im Sudan immer mehr überhand. Khalif Abdallah hätte sich schon längst mit Egypten ausgesöhnt und sich dem Khedive unterworfen, wenn er nicht fürchten müßte, von seinen Emiren und Generalen vergiftet oder gar in Stücke gehauen zu werden. Könnten die Engländer sich heute entschließen, einen Feldzug nach dem Sudan zu unternehmen, so würden sie auf keinen Widerstand mehr stoßen, da die Bevölkerung dort sich nach Ruhe sehnt und nichts inniger wünscht, als die Unterdrückung der Willkürherrschaft der Emire. In Khartum liegen auch ungeheure Vorräthe von Elfenbein, Gummi und anderen Landesproducten aufgespeichert, die man nicht verwerthen kann, weil die Ausfuhr derselben nach Egypten in Folge der Unsicherheit, die auf allen Straßen im Sudan herrscht, ganz unmöglich ist."

* Ueber den Conflict in Mozambique wird der „Nationalzeitung" von einem Kenner der ostafrikanischen Verhältnisse geschrieben:

„An der ostafrikanischen Küste ist bekanntlich in Folge der von der deutsch-englisch-französischen Grenzregulirungscommission getroffenen Abmachungen ein Conflict zwischen den Portugiesen und dem Sultan von Zanzibar, resp. den Eingeborenen, entbrannt. Die Grenzcommission hat den nördlichsten Theil der Tungi-Bai dem Sultan von Zanzibar zugesprochen, auf welchen die Portugiesen jedoch Ansprüche zu haben meinen, die sie jetzt mit Gewalt geltend machen wollen. Der Sultan, auf die Abmachungen der Commission fußend, ist natürlich dazu berechtigt, wenn er das Gebiet für sich beansprucht, und werden die interessirten Mächte wohl auch inzwischen schon Schritte gethan haben, um ihm zu seinem Rechte zu verhelfen.

Im rein commerziellen Interesse ist es dringend geboten, daß der portugiesische Einfluß in Ostafrika nicht weiter um sich greift oder ihm Vorschub geleistet wird, denn unter der portugiesischen prohibitiven Handels- und Zollpolitik ist eine freie und ausgiebige Entwickelung des Handels und Verkehrs unmöglich. Man vergleiche nur die Handelsplätze, welche im Zanzibar-Gebiet belegen sind, mit denen der portugiesischen Districte und es fällt einem sofort der Unterschied zwischen den beiden Handelssystemen und deren

SLUB
Wir führen Wissen.